

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Vorkosten monatlich 80 Pf. in der Post bezogen vierteljährlich M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gespaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 224.

Dresden, Donnerstag den 26. September 1912.

23. Jahrg.

Eine Regierungsaktion gegen die Teuerung?

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Organ des Sozialisten- und Jugendzeitung einschließlich. Vorkosten monatlich 80 Pf. in der Post bezogen vierteljährlich M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Organ des Sozialisten- und Jugendzeitung einschließlich. Vorkosten monatlich 80 Pf. in der Post bezogen vierteljährlich M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Ausland M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

So haben wir wirklich eine Regierung im Deutschen Reich, die die Gnade besitzt, sich mit den Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung zu beschäftigen. Sogar eine Aktion wird in Aussicht genommen.

Alleerdings besteht die Lebensmittelteuerung nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren, und das in den letzten Wochen die Mittel zur Milderung der Lebensmittelteuerung und der durch sie herbeigeführten schweren Belastung weiter Volksteile nach allen Richtungen hin geprüft worden. In seiner gestrigen Sitzung hat sich das preussische Staatsministerium über die Maßnahmen der sofort einzuleitenden Regierungskommision geäußert. Einzelheiten werden heute noch durch eine von dem Reichskanzler zusammengelegte Kommission gefordert. Es wird freilich sofort mit den andern Bundesregierungen in Verbindung treten. Eine Veröffentlichung der Einzelheiten ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

So haben wir wirklich eine Regierung im Deutschen Reich, die die Gnade besitzt, sich mit den Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung zu beschäftigen. Sogar eine Aktion wird in Aussicht genommen.

Alleerdings besteht die Lebensmittelteuerung nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren, und das in den letzten Wochen die Mittel zur Milderung der Lebensmittelteuerung und der durch sie herbeigeführten schweren Belastung weiter Volksteile nach allen Richtungen hin geprüft worden. In seiner gestrigen Sitzung hat sich das preussische Staatsministerium über die Maßnahmen der sofort einzuleitenden Regierungskommision geäußert. Einzelheiten werden heute noch durch eine von dem Reichskanzler zusammengelegte Kommission gefordert. Es wird freilich sofort mit den andern Bundesregierungen in Verbindung treten. Eine Veröffentlichung der Einzelheiten ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

So haben wir wirklich eine Regierung im Deutschen Reich, die die Gnade besitzt, sich mit den Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung zu beschäftigen. Sogar eine Aktion wird in Aussicht genommen.

Alleerdings besteht die Lebensmittelteuerung nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren, und das in den letzten Wochen die Mittel zur Milderung der Lebensmittelteuerung und der durch sie herbeigeführten schweren Belastung weiter Volksteile nach allen Richtungen hin geprüft worden. In seiner gestrigen Sitzung hat sich das preussische Staatsministerium über die Maßnahmen der sofort einzuleitenden Regierungskommision geäußert. Einzelheiten werden heute noch durch eine von dem Reichskanzler zusammengelegte Kommission gefordert. Es wird freilich sofort mit den andern Bundesregierungen in Verbindung treten. Eine Veröffentlichung der Einzelheiten ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Maßnahmen getroffen werden, die den herrschenden Notstand zu beseitigen wirklich geeignet sind.

Während die Regierungsleute sich noch in ihren Prüfungen und endlosen Beratungen ergehen, wird die Teuerung von Woche zu Woche schlimmer.

Ueber die Entwicklung der Fleischpreise im Monat August schreibt die Arbeitsmarkt-Korrespondenz: Besonders stark war die Steigerung der Preise für die notwendigen Nahrungsmittel im August. Berechnet man die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Verpflegungsration des deutschen Marine Soldaten zugrunde legt, so ergeben sich für das ganze deutsche Reich nach den Preisnotierungen von ca. 190 Städten folgende Indizes in Mark:

1911:	August	September	Oktober	November	Dezember			
	24,65	24,77	24,88	24,94	24,80			
1912:	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	24,89	24,83	25,18	25,74	25,52	25,85	26,10	26,08

Seit Mai d. J. ist mithin wiederum eine Steigerung der wöchentlichen Haushaltskosten um mehr als eine volle Mark eingetreten; gegen den vorjährigen Parallelmonat aber ergibt sich eine Verteuerung von zwei Mark. Mit Ausnahme von Bayern und Baden haben sämtliche Landesteile an der Erhöhung des Preisniveaus teilgenommen. Am stärksten zogen die Haushaltskosten in Württemberg an, wo sich im Berichtsmontat eine Verteuerung von 25,87 M. auf 27,06 M. ergab, sowie in der Provinz Posen, wo die Standardziffer von 26,12 M. auf 27,42 M. stieg. Den empfindlichsten Grad hat die Teuerung gegenwärtig in Elsaß-Lothringen erreicht, wo im August eine Indizeszahl von 27,98 M. errechnet wurde. Auch die übrigen Provinzen verzeichnen diesmal eine starke Aufwärtsbewegung der Preise für Nahrungsmittel. Besonders deutlich wird die Preisbewegung, wenn man die Fleischpreise auf ihre Entwicklung in den letzten Jahren hin verfolgt. Es ergeben sich da folgende Durchschnittspreise pro Kilo in Pfennig:

August	Rindfleisch	Kalb- und Hammelf.	Schweinef.
1909	158,0	173,8	169,5
1910	165,4	185,0	174,6
1911	182,9	183,6	182,6
1912	190,6	200,6	198,3

Sehr unerfreulich ist die Tatsache, daß bei allen Fleischpreisen von der ersten zur zweiten Hälfte des Monats August eine weitere Steigerung eingetreten ist. Rindfleisch wurde pro Kilogramm im Anfang des Berichtsmontats mit 180,0 Pf. bezahlt, in der zweiten Hälfte des Monats mit 191,8 Pf. Von eintigen Plätzen werden kaum glaubliche Preise berichtet. So kostete in Halle ein Kilo Rindfleisch im August 23 Pf., in Potsdam 24 Pf. und in Magdeburg 26 Pf. Kalbfleisch zog im Preise von der ersten zur zweiten Monatshälfte von 198,7 auf 202,0 Pf. an. In Altona aber kostete Kalbfleisch im August pro Kilo 23 Pf. und in Harburg an der Elbe 22 Pf. Der Durchschnittspreis für Schweinefleisch ist von Anfang an Ende August von 174,0 auf 183,0 Pf. gestiegen, weist also eine außerordentlich starke Steigerung auf. Ebenso ergab sich für Schweinefleisch in der gleichen Zeit eine entschiedene Preissteigerung von 160,4 auf 200,7 Pf. Diese merkliche Preissteigerung des Schweinefleisches ist um so drückender, weil gerade der Konsum dieser Fleischsorte in den letzten Jahren sehr wichtig geworden ist.

Sollte sich die Steigerung der Haushaltskosten in der bisherigen Weise, die anscheinend keine Grenzen kennt, bis in den Winter hinein fortsetzen — und nichts deutet bis zur Zeit darauf hin, daß die Entwicklung anders verläuft —, werden entgegenstehen. Wieviel wird da von der unermitteltesten Bevölkerung an Brennmaterial und warmer Kleidung gespart werden müssen! Man vergesse auch nicht, daß der Anstieg am Arbeitsmarkt voraussichtlich recht stark sein wird. Die vielen Arbeitskräfte, die sich sonst mit dem Lohn für Gelegenheitsarbeiten durch die kalten Monate schlagen konnten, werden es bitter schwer haben.

Bauernlegerei und Fleischteuerung.

Daß die Bauernlegerei eine Ursache der Fleischteuerung ist, wird in dem führenden Zentrumsorgan Bayerns, dem Bayerischen Kurier, an einzelnen Beispielen dargelegt. Er schreibt mit Bezug auf die bayerischen Verhältnisse:

„Wenn gesagt wird, daß die Bildung und Vergrößerung der Fideikomnisse ein verfassungsmäßig garantiertes Recht ist, so ist diesen Einwänden entgegenzusetzen, daß das Recht des ganzen Volkes auf Erhaltung des Hungers ein weit älteres und weit heftigeres ist.“

Wie die Bauernlegerei wirkt, zeigt der Bayerische Kurier unter anderem an folgendem Beispiel:

Baron v. Büßing d'Oroville auf Sinneberg bei Glonn hat bereits 27—28 Bauernanwesen aufgekauft und säuert jetzt, sagt und schreibt, ganze 10 (zehn) Stück Rindvieh mehr als der frühere Eigentümer von Sinneberg ohne die 27—28 Bauernanwesen. In der Gemeinde Glonn allein wurden bei der letzten Viehzählung um 400 (vierhundert) Stück Rindvieh weniger gezählt. Die Hauptursache des Rückgangs der Viehzählung ist die Bauernlegerei des Herrn v. Büßing. Diese Bauernlegerei beschränkt sich aber durchaus nicht auf die Gemeinde Glonn, sondern erstreckt sich auch auf benachbarte Gemeinden,

in denen die Schädigung der Viehhaltung verhältnismäßig gewiss keine geringere ist.“

Das Blatt berechnet dann, was die 27 Bauernanwesen liefern könnten, und kommt zu folgendem Schluß:

Für die Ernährung des Volkes würden somit mehr erzeugt auf den 27 Höfen 868 Zentner Fleisch, 25 000 Liter Milch und 26 000 Eier, und das jedes Jahr. Dabei ist aber wohl zu beachten, daß auf den 27 Höfen 27 freie Bauernfamilien mit allen den notwendigen Dienstboten, also mindestens 300 Personen, außer der angeführten Produktion mit Lebensmitteln versorgt wären, für die jetzt anderweitig Lebensmittel produziert werden müssen.“

Was hier für Bayern gesagt wird, gilt im gleichen Maße auch für andere Landesteile, vor allem für einen großen Teil Ostbayerns.

Der Bayerische Kurier aber ist ein Zentrumsblatt und das Zentrum trägt durch seine Politik die Hauptschuld an der Bauernlegerei und an der übermäßigen Zunahme von Kornland statt Viehwirtschaft.

Kommunale Maßnahmen.

Frankfurt a. M., 26. September. Eine amerikanische Fleischhandelsfirma hat der Stadt zum Studium des in- und ausländischen Fleischmarktes entsandten Kommission ein Angebot auf Lieferung größerer Mengen frischen Fleisches gemacht. Dieses Angebot ist angenommen. Der Versand geschieht von Rotterdam. Im Kleinverkauf, der durch die Schlächtereien geschieht, wird sich das Fleisch auf 82 Pf. für das Pfund stellen.

Kassel, 26. September. Die von den städtischen Behörden eingesetzte Kommission beschloß, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um eine ständige Kommission zur Heberwahrung der Nahrungsmittelpreise ins Leben zu rufen. Ferner wurde beschlossen, dänisches Fleisch im großen für Rechnung der Stadt einzuführen und im Einzelhandel mit dem Fleischergewerbe zu möglichst billigen Preisen an die Konsumenten abzugeben. Die Preise sollen von der Kommission festgelegt werden. Sodann wurde beschloffen, der Errichtung eines Seefischverkaufs näherzutreten.

Münster, 26. September. Hier kam am Dienstag zum ersten Male das vom Magistrat bestellte dänische Rindfleisch durch Fleischhändler zum Verkauf. Die Preise, die vom Magistrat festgelegt wurden, sind um 10 bis 20 Pf. pro Pfund billiger als für hiesiges Fleisch. Das Fleisch fand starken Absatz.

Beamten-Konsumverein.

In Bremen, wo etwa 10 000 Staats- und Reichsbeamte ansässig sind, ist jetzt ein Beamten-Konsumverein gegründet worden. Die Kommission, die diese Frage zu prüfen hatte, hat Montagabend in einer stark besuchten Beamtenversammlung Bericht erstattet und die Gründung eines Konsumvereins empfohlen, wie er für die Beamten in Hannover besteht. Verkaufsstellen sollen nicht eröffnet werden, die Kommission empfiehlt die Errichtung eines Lagerbetriebs. Zweimal in der Woche sollen die Waren an die Verkäufer verhandelt werden. Die Betriebskosten sind auf 7—8 Prozent veranschlagt.

Die Parteipresse über den Parteitag.

Königsberger Volkszeitung:

Auch mit dem Beschluß über die Sonderkonferenzen wird man sich einverstanden erklären können. Der Parteitag hat beschlossen, die Genossen aufzufordern, die Sonderkonferenzen zu verlassen, ohne einen verbindlichen Beschluß zu fassen, und daran verhindert. Die Parteigenossen sollen unbefangenen in die Parteiverhandlungen, die Fraktionsmitglieder sollen unbefangenen in die Fraktionsitzungen, die Parteitagdelegierten sollen unbefangenen auf den Parteitag kommen, um jeden in der Debatte geltend gemachten Grund auf sich wirken zu lassen. Andererseits wird sich die Gruppe der Parteigenossen über Parteiangellegenheiten, das heißt einer eigentlichen „Sonderkonferenz“ schwer werden wollen, und für den einstweiligen aufgehobenen Nürnberger Parteitag wird der nächste Parteitag wieder Erfolg schaffen. Eine Ausnahmebestimmung zu Gunsten der Partei- und Gewerkschaftsbeamten erscheint annehmbar, doch ist eine allgemeine Forderung, die alle Genossen in gehobener Lebensstellung gleichmäßig trifft, unbedingt vorzuziehen.

Der frühere Nationalsozialist Gerhard Hildebrand wurde aus der Partei ausgeschlossen. Unsere Parteigenossen werden ihm keine Träne nachweinen, denn er ist kein Sozialdemokrat. Er tritt für Schutzpolitik, für den Erwerb von Kolonien und für Aufrechterhaltung einer zum Schutz der Kolonien bestimmten Wehrmacht ein; gegen die Verwirklichung der Produktionsmittel trotz der seitens der Kolonialisten. Er würde dem Antrag des Genossen Lausen d. G. anzunehmen, der zum Ausdruck bringen wollte, daß die Ausschüsse Hildebrands in keiner Weise die Partei zum Nutzen sind. Lausenberg wollte also ohne Ausschluß aus der Partei zum Ausdruck bringen, daß Hildebrand kein Sozialdemokrat ist. Dieser Antrag würde die Partei in die Lage versetzen, die Hildebrand nicht ablehnen würde, wenn er nicht die Partei verlassen hätte und es wäre menschlicher gewesen gegen einen Mann, der von dem Vorwärts soeben schreibt, daß er „den Einbruch eines ehrlich von seinen Theorien überzeugten westfremden Gelehrten“ wie Hildebrand geltend machen, deren Kränkungen und von den Genossen ständig zur Angelegenheit „Widerlegung“ unserer Ansichten vorzunehmen. Aber dann müßte notwendig eine ganze Reihe gleichfalls aus der Partei ausgeschlossen werden, deren Ansichten sich nicht mit sozialdemokratischen Anschauungen nicht vereinbaren lassen.

Gürtler Volkszeitung:

Der Parteitag in Chemnitz hat ein reiches Maß Arbeit geleistet und die gefassten Beschlüsse dürften wohl allgemein in der Partei auf Zustimmung stoßen, ...